

Polizeigesetz: Streit um Kameras und Wegweisung

Für die einen erhält die Polizei zu viel Macht, die andern genug Spielraum. Gegner und Befürworter des Gesetzes kreuzten gestern die Klingen.

Ein paar angeheiterte Männer sitzen im Park auf einer Bank, trinken Bier aus der Dose und schicken sich an, ihre Füsse im Brunnenbassin zu baden. Eine andere Parkbesucherin fühlt sich gestört. Frage: Darf die Polizei die Männer aus dem Park verjagen, wenn das Zürcher Stimmvolk am 24. Februar das neue Polizeigesetz annimmt?

«Die Polizei braucht nun mal eine gewisse Flexibilität»

Dieter Kläy

Ja, meint die grüne Kantonsrätin Susanne Rihs-Lanz. Sie erwähnte die Szene gestern Abend im Kirchgemeindehaus Liebestrasse an einem Podium zum neuen Polizeigesetz, das von der FDP Winterthur organisiert wurde. Sie habe Angst, dass die Polizei den neuen Wegweisungsartikel benutze, um Randständige stets aufs Neue zu vertreiben, sagte sie. FDP-Kantonsrat Thomas Vogel versuchte, ihr diese Angst zu nehmen. Für eine solche Praxis gebe es im neuen Gesetz keine Rechtsgrundlage. «Denn sie wäre unverhältnismässig.» Hingegen könnte

die Polizei sehr wohl einen Bettler fortschicken, wenn der vor dem Parkeingang sitze und den Leuten den Zutritt versperre, sagte Vogel.

Befürchtungen von links, Beschwichtigungen von rechts. Dieses Muster wiederholte sich auch an anderer Stelle in der Diskussion, die von NZZ-Redaktor Benjamin Tommer geleitet wurde; zum Beispiel beim Thema Videüberwachung. Für Viktor Györfly von den Demokratischen Juristen Zürich ist sie zu wenig geregelt. «Im Gesetz steht nicht, welchen Zwecken die Überwachung dient und wie der Missbrauch durch Polizisten ausgeschlossen werden soll.» Sein Kontrahent, FDP-Kantonsrat Dieter Kläy, räumte zwar ein, dass die Videüberwachung aus liberaler Sicht problematisch sein kann. Er betonte jedoch deren präventiven Charakter. «Am richtigen Ort zum Zweck der Gefahrenabwehr eingesetzt, kann die Videüberwachung Sinn machen.» Zur offenen Formulierung sagte Kläy, die Polizei brauche Flexibilität, um entscheiden zu können.

Das Publikum teilte die Ängste der Gegner vor zu viel Polizeimacht nicht. Ein Mann fürchtete im Gegenteil, die Linken wollten das Gesetz so eng und genau machen, dass die staatlichen Institutionen ähnlich eingeschränkt würden wie beim Datenschutz. Eine Votantin sagte, ihr vermittelten die Videokameras in den S-Bahnen ein Gefühl von Sicherheit, und das bedeute auch Lebensqualität. «Dafür nehme ich in Kauf, dass mir jemand beim Zeitungslesen zuschaut.» *IRETO FLURY*